



## Kurs halten

*Die neue Regierung kündigt eine „dauerhafte Reform des Gesundheitswesens für mehr Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit“ an. Wenn das heißen soll, 25 Milliarden DM einzusparen, wäre ein Verlust von 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätzen die Folge.*

Die Not ist groß. Mit ihren Aussagen vor der Wahl haben SPD und Grüne Erwartungen geweckt, die auch in komfortableren Zeiten schwierig zu erfüllen wären. Im Wahlkampf haben sie das emotionale Potential der von CDU/CSU und FDP durchgesetzten Zuzahlungserhöhungen klar erkannt und geschickt genutzt. Den abgewählten Koalitionsparteien ist es nicht gelungen, diesem Angriff das ebenso mobilisierende und emotionale Gegenargument drohender Rationierung flächendeckend entgegenzusetzen. Mehr als einmal waren Horst Seehofer und die Seinen wie Rufer in der Wüste, deren Argumente auch von den eigenen Parteien nur wenig Verstärkung erfuhren. Finanzierungsvorbehalt hin, Finanzierungsvorbehalt her: die Wahlsieger versprachen Korrekturen, und Wahltag ist Zahltag. Jetzt stehen SPD und Grüne in der Not, die Erwartungen zu erfüllen, egal, wie wenig Geld dafür zur Verfügung steht.

So überrascht es nicht, daß man sich im Gesundheitsbereich vor allem auf eine Revision der zuvor an der alten Mehrheit kritisierten Reformschritte geeinigt hat: das bis 1999 fällige 20-Mark-„Notopfer“ Krankenhaus wird ausgesetzt, Zuzahlungen für Medikamente zumindest zum Teil zurückgeführt, bereits beschlossene Zuzahlungserhöhungen zurückgenommen, beim Zahnersatz hat das Sachleistungsprinzip sein Comeback, auch nach 1978 Geborene bekommen wieder Zahnersatz-Zuschüsse der Krankenkassen. Mit den Änderungen zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem Moratorium für die Rentenreform bedeutet das einerseits eine Entlastung der Betroffenen, zugleich aber auch neue Lasten für die Sozialversicherung, besonders die GKV.

Weil man dennoch an stabilen Beitragssätzen festhalten will – der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Kirschner zum Beispiel schreibt der Beitragssatzstabilität absoluten (!) Vorrang zu –, steht zusätzlicher Druck im Gesundheitswesen ins Haus. Etliche Politiker der neuen Koalition haben Wirtschaftlichkeitsreserven von 25 Milliarden DM und mehr geortet. Der Kur- und Rehabereich zeigt, wohin die Realisierung derartiger angeblicher Reserven führt. In Verbindung mit den dort – übrigens gegen den Widerstand von SPD und Bündnisgrünen – vorgenommenen Mittelkürzungen sind etwa

60.000 Arbeitsplätze und rund 240 Häuser verlorengegangen.

Das Gesundheitswesen in Deutschland gibt 4,05 Millionen Menschen Lohn und Brot. Allein die Krankenhäuser beschäftigen fast 1,2 Millionen und die Arztpraxen rund 650.000 Erwerbstätige. Fast jeder neunte Erwerbstätige verdient sein Geld im Gesundheitswesen. Jetzt kündigt die neue Koalition für den 1. Januar 2000 eine „dauerhafte Reform des Gesundheitswesens für mehr Wettbewerb um Qualität und Wirtschaftlichkeit“ an. Wenn das heißen soll, 25 Milliarden DM einzusparen, wäre ein Verlust von 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätzen die Folge. Niemand darf übersehen, daß jede ambulante Praxis im Schnitt vier bis fünf weitere Arbeitsplätze bedeutet, und daß die Krankenhäuser vielerorts zu den größten und wichtigsten Arbeitgebern gehören.

Die vielen Sparideen zu Praxen und Krankenhäusern sind kein Beleg für eine besondere Unwirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, sondern Indiz eines immer hemmungsloseren Verteilungskampfes um die dort in die Versorgung kranker Menschen investierten Ressourcen.

Natürlich ist das Gesundheitswesen kein großes Beschäftigungsprogramm, sondern es dient dazu, Leben zu retten, Krankheit zu heilen, Gesundheit zu erhalten, Leiden zu lindern und Sterbenden zu helfen. Dieser Zweck muß Richtschnur sein, oberste Motivation für seine Gestaltung. Was dem Patienten hilft, darf nicht unterbleiben; um das zu ermöglichen, muß unterlassen werden, was ihm keine Hilfe bringen kann. Wenn Ärzteschaft, Öffentlichkeit und Politik sich auf diese Grundprinzipien verständigen können, gehört das Gesundheitswesen auch morgen zu den Wachstumsbereichen unserer Wirtschaft, denn medizinischer Fortschritt und steigendes Durchschnittsalter lassen Herausforderungen und Aufgaben wachsen. Zu einer Politik der fixierten Budgets zurückzukehren, heißt, den Erfolg im Verteilungskampf höher zu werten als die gute Qualität der gesundheitlichen Versorgung.

In diesen Fragen klaren Kurs zu halten, bleibt zentrale Pflicht der ärztlichen Organisationen. *Rudolf Henke*

Rudolf Henke MdL, Facharzt für Innere Medizin, ist Mitglied in den Vorständen von Ärztekammer Nordrhein und Bundesärztekammer sowie Landes- und 2. Bundesvorsitzender des Marburger Bundes.